

**HESSISCHER LANDTAG**

12. 12. 2023

146. Sitzung

Wiesbaden, den 12. Dezember 2023

Amtliche Mitteilungen	12013	Änderungsantrag	
<i>Entgegengenommen</i>	12013	Fraktion der AfD	
Präsidentin Astrid Wallmann	12013, 12019	– Drucks. 20/11785 –	12013
Holger Bellino	12013	<i>Abgelehnt</i>	12019
Jürgen Frömmrich	12013	Holger Bellino	12013
Axel Germtke	12013	Dr. Frank Grobe	12013
1. Dritte Lesung		Rolf Kahnt	12015
Dringlicher Gesetzentwurf		René Rock	12015
Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/		Christian Heinz	12016
DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Frakti-		Mathias Wagner (Taunus)	12017
on der Freien Demokraten		Günter Rudolph	12017
Gesetz zur Änderung des Hessischen Abge-		Jan Schalauske	12018
ordnetengesetzes und weiterer Gesetze		<i>Abstimmungsliste</i>	12022
– Drucks. 20/11768 zu Drucks. 20/11764 –	12013		
<i>In dritter Lesung angenommen:</i>			
<i>Gesetz beschlossen</i>	12019		

Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes
Hessen beim Bund Lucia Puttrich

Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Minister der Finanzen Michael Boddenberg

Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Kai Klose

Staatssekretär Tobias Rösmann

Staatssekretär Uwe Becker

Staatssekretär Stefan Sauer

Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Staatssekretärin Tanja Eichner

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Staatssekretärin Ayse Asar

Staatssekretär Oliver Conz

Staatssekretärin Anne Janz

Abwesende Abgeordnete:

Karl Hermann Bolldorf

Taylan Burcu

Frank Diefenbach

Angela Dorn

Torsten Felstehausen

Marvin Flatten

Eva Goldbach

Stephan Grüger

Petra Heimer

Hartmut Honka

Eva Kühne-Hörmann

Claudia Papst-Dippel

Lukas Schauder

Heiko Scholz

Saadet Sönmez

Katy Walther

(Beginn: 11:04 Uhr)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 146. Plenarsitzung des Hessischen Landtages und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Hinsichtlich der Tagesordnung darf ich auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 5. Dezember 2023 liegt Ihnen vor.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Änderungsantrag, Drucks. 20/11785, der Fraktion der AfD zu Tagesordnungspunkt 1, dem Dringlichen Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der Freien Demokraten für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes und weiterer Gesetze in der Fassung der Beschlussempfehlung, Drucks. 20/11768 zu Drucks. 20/11764.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 146. Sitzung mit der eben besprochenen Ergänzung. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Tagesordnung genehmigt.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir voraussichtlich nur bis 12 Uhr, also eine überschaubare Sitzung.

Ich darf auf der Besuchertribüne, wie gewohnt, die Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen heißen. Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Dann darf ich noch kurz darauf hinweisen, dass wir im Anschluss an die Plenarsitzung eine Sitzung des Ältestenrates haben. Sie findet im Raum 301/302 P statt. Ebenfalls tagen direkt im Anschluss an die heutige Sitzung zudem der Innenausschuss in Raum 204 M sowie nach der Sitzung des Ältestenrates der Haushaltsausschuss im Plenarsaal.

Ich komme zu den Entschuldigungen. Ganztägig fehlen die Abg. Marvin Flatten, CDU, Heiko Scholz, AfD, Karl Bolldorf, AfD, Claudia Papst-Dippel, fraktionslos, Stephan Grüger, SPD, sowie Frau Staatsministerin Angela Dorn.

Ich darf fragen, ob es weitere Entschuldigungen gibt. – Herr Bellino, Sie haben das Wort.

Holger Bellino (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss den Kollegen Honka Corona-bedingt entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank. Das haben wir entsprechend notiert. – Herr Frömmrich, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Ich möchte die Kollegin Eva Goldbach und den Kollegen Frank Diefenbach entschuldigen – und Katy Walther Corona-bedingt.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Dann gab es noch eine Wortmeldung von Herrn Gerntke. Bitte, Sie haben das Wort.

Axel Gerntke (DIE LINKE):

Ich muss leider Frau Sönmez, Herrn Felstehausen und Frau Heimer entschuldigen.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank und allen Erkrankten auf diesem Weg gute Besserung.

Dann sind wir am Ende der amtlichen Mitteilungen angekommen, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Dritte Lesung

Dringlicher Gesetzentwurf

Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion der SPD, Fraktion der Freien Demokraten

Gesetz zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes und weiterer Gesetze

– Drucks. 20/11768 zu Drucks. 20/11764 –

Die Berichterstattung obliegt Herrn Bellino von der CDU.

Es wird ebenfalls aufgerufen:

Änderungsantrag

Fraktion der AfD

– Drucks. 20/11785 –

Die vereinbarte Redezeit sind fünf Minuten. Dann würde ich zunächst Herrn Bellino um die Berichterstattung bitten.

Holger Bellino, Berichterstatter:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen die Beschlussempfehlung des Ältestenrates vortragen. Es geht um den bereits genannten Dringlichen Gesetzentwurf.

Der Ältestenrat empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags Drucks. 20/11767 in dritter Lesung anzunehmen: CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten gegen AfD und DIE LINKE bei Enthaltung des Abg. Wissenbach. – Herzlichen Dank.

(Beifall)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Vielen Dank, Herr Bellino. – Dann darf ich als ersten Redner Herrn Dr. Grobe von der AfD-Fraktion aufrufen. Redezeit: fünf Minuten.

Dr. Frank Grobe (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich hatte schon darauf hingewiesen, dass Ihr Entwurf zur Änderung des Hessischen Abgeordnetengesetzes handwerklich schlecht gemacht ist. Und das geben Sie selbst zu; denn nun legen Sie einen Änderungsantrag zu Ihrem Änderungs-Gesetzentwurf vor.

Indem Sie nun auch Personen in die G 10-Kommission berufen wollen, die nicht dem Hessischen Landtag angehören, zeigen Sie, dass Sie die Gewaltenteilung immer weiter aushöhlen wollen.

(Beifall AfD)

Denn mit Ihrem Vorstoß wird es immer schwieriger, dass die Legislative die Exekutive kontrollieren kann.

Natürlich rechtfertigen Sie dies damit, dass diese Vertreter unter anderem aus Sicherheitsorganen stammten und Experten seien. Doch damit führen Sie die G 10-Kommission ad absurdum; denn diese ist da, um genau die Geheimdienste zu überwachen. Sie machen damit den Bock zum Gärtner und entmachten die Legislative.

(Beifall AfD – Zuruf CDU: Unfassbar!)

Aus diesem Grund haben wir Ihnen seitens unserer AfD-Fraktion einen Änderungsantrag zum G 10-Gesetz vorgelegt, der Hand und Fuß hat. Nicht ohne Grund streichen wir daher Ihren Art. 2; denn es geht uns darum, die Rechte der Abgeordneten beizubehalten. Das nennt man Demokratie, meine Damen und Herren.

(Beifall AfD)

Ihr Handeln ist nicht nur undemokratisch. Es zeigt auch Ihre panische Angst auf, dass Sie Ihre Pöstchen und damit Ihre Macht verlieren könnten. Eigentlich sollten wir von der AfD uns dafür bei Ihnen bedanken. Denn auch hier zeigen Sie wieder einmal den hessischen Bürgern, dass Sie allesamt nichts für den Erhalt der Demokratie machen. Vielmehr ist dies ein Angriff auf die Grundsätze der Demokratie.

(Beifall AfD)

Zudem haben Sie vergessen, dass die Staatsgewalt nach Art. 70 der Hessischen Verfassung „unveräußerlich beim Volke“ liegt. Solange Sie das nicht begreifen, werden Ihre hilflosen Versuche scheitern.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, wie so häufig kommen die guten Pointen oft erst zum Schluss. Denn, wenn man sagt, die AfD darf nicht in die G 10-Kommission, weil sie potenziell verfassungsfeindlich sei, warum dürfen dann CDU und GRÜNE da rein?

(Lachen CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Holger Bellino (CDU): Was?)

War es nicht die schwarz-grüne Hessische Landesregierung, die innerhalb einer einzigen Legislaturperiode dreimal die Verfassung gebrochen hat?

(Beifall AfD)

Das wurde gerichtlich bestätigt. Und wie war es bei der AfD? Mir ist kein Urteil bekannt, wonach wir unsere Verfassung gebrochen hätten.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Sie sind es vielmehr, die sich nicht an das wichtigste Gesetz, nämlich unsere Verfassung, halten.

So war die Besoldung der hessischen Beamten verfassungswidrig. Auch hatte der hessische Staatsgerichtshof unter anderem aufgrund unserer Klage das milliarden-schwere Finanzierungsmodell zur Bewältigung der Corona-Pandemie als verfassungswidrig eingestuft. Nicht zu

vergessen, dass das Bundesverfassungsgericht die Regelung zum Einsatz der Datenanalyse-Software Hessendata für verfassungswidrig erklärt hatte.

Ich darf hier den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Günter Rudolph, zitieren, der Folgendes sagte:

Die Hessische Landesregierung macht den vorsätzlichen Verstoß gegen die Verfassung zu ihrem Markenzeichen.

(Lebhafter Beifall AfD)

Aber die Sozis und Freien Demokraten sind auf Bundesebene nicht besser. Denn diese brechen auch dauernd mit den GRÜNEN die Verfassung, wie jüngst das Bundesverfassungsgericht bei der Änderung des Nachtragshaushalts 2021 feststellte. Man kann also getrost feststellen, dass der Verfassungsbruch der ständige Begleiter der Altparteien ist.

Wir sind daher auf das im April 2024 erscheinende Buch des Ex-SPD-Ministers Mathias Brodkorb gespannt, welches den Titel trägt: „Gesinnungspolizei im Rechtsstaat? Der Verfassungsschutz als Erfüllungsgehilfe der Politik. Sechs Fallstudien“. Brodkorb wird laut Verlag darlegen, dass – Zitat –

... der Verfassungsschutz nicht nur oftmals von seiner Aufgabe hermeneutisch überfordert ist, sondern sich zunehmend politisch instrumentalisieren lässt.

Und weiter:

Mitunter agiert er dabei selbst verfassungswidrig.

Und:

Der Verfassungsschutz ... deutet legitime Grundrechtsausübung häufig als gefährlichen politischen Extremismus.

(Zuruf Andreas Lichert (AfD))

Seit der Corona-Pandemie gilt selbst robust vorgebrachte Kritik an der Regierung als Fall für den Inlandsgeheimdienst. Damit wird er zur Gefahr für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft.

(Beifall AfD)

Eine grundlegende Reform oder gar Auflösung der skandalträchtigen Behörde scheint dringend geboten.

Das sagen nicht wir, sondern Herr Brodkorb von der SPD.

Daher ist es mehr als lächerlich, dass gerade Sie eine Fraktion wie die AfD, die nie die Verfassung gebrochen hat und diese als einzige noch schützen will,

(Widerspruch CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE – Gegenrufe AfD)

aus der Kontrolle des Verfassungsschutzes heraushalten wollen.

Und damit jeder Hesse sehen kann, wer sich in diesem Hohen Hause für die Verfassung einsetzt und wer sie wieder einmal brechen will, fordern wir für dieses Gesetz eine namentliche Abstimmung. – Vielen Dank.

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Namentliche Abstimmung? – Weitere Zurufe)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der fraktionslose Abg. Kahnt das Wort.

(Fortgesetzt Zurufe – Holger Bellino (CDU): Unerhört! – Gegenruf AfD – Holger Bellino (CDU): Sie gehören hier überhaupt nicht hin! – Gegenruf Andreas Lichert (AfD) – Holger Bellino (CDU): Sie sind genau der Richtige! Flügel-Fan! – Weitere Zurufe – Dr. Frank Grobe (AfD): Anscheinend habe ich Sie getroffen! Getroffene Hunde bellen! – Weitere Zurufe)

Ich weise nur kurz darauf hin: Herr Abg. Gaw war gerade bei mir. Es hat einen Zwischenruf gegeben. Wir werden das gleich im anschließenden Ältestenrat miteinander besprechen.

Jetzt hat Herr Abg. Kahnt das Wort.

Rolf Kahnt (fraktionslos):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbst eine dritte Lesung des Gesetzentwurfs bewirkte bei den Antragstellern weder Nachdenklichkeit noch tiefere Einsicht. Seltsame Fehl- und Umdeutungen geben sich erneut die Hand. Ob ein anderer Redner das besser hinbekommen hätte, bleibt mit Blick auf die Ersatzbank zweifelhaft.

Blaupausen sind auch nicht das Wahre, und es fällt einmal mehr auf: Im eigenen Lager traut man sich nicht über den Weg. Für unzulässige, grenzüberschreitende Äußerungen will man keine Verantwortung übernehmen, nicht weiter belangt werden – bemerkenswert. Deshalb zur mahnenden Erwiderung: Dieses Hohe Haus pflegt andere Standards als Tiefgeschosse sozialer Netzwerke.

Mit Erlaubnis der Präsidentin zu einem anderen Thema, vorangestellt ein Zitat: „Der Zufall geht Wege, da kommt die Absicht gar nicht hin.“ Die Ehre, dem Hessischen Landtag als Abgeordneter anzugehören, hätte ich mir nicht träumen lassen. Deshalb möchte ich für viele erlebnisreiche Jahre danken. Ein herzlicher Dank gilt allen Damen und Herren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags, die mit so viel Aufmerksamkeit und Dienst für unser Wohl sorgen. Nicht weniger danken möchte ich den Mitgliedern des Präsidiums, der Landesregierung und der Fraktionen. Welch Glück, durfte ich doch Persönlichkeiten kennen- und schätzen lernen, die mich persönlich bereicherten, und manch warmherzige Begegnung stimmte mich froh.

Als Ausdruck meiner Wertschätzung und Dankbarkeit für fünf Jahre begleitetes Lernen, für vielfältige Weiterbildung im Nachdenken, Streiten, Leidenschaft, Verwunderung und auch Versöhnlichkeit möchte ich nun einen Blumenstrauß überreichen, den andere bestimmt auch verdient hätten. Nichts passt aber gegenwärtig besser, als ihn stellvertretend an die verehrte First Lady des Hauses, Frau Landtagspräsidentin Astrid Wallmann, zu übergeben. Ihnen allen, meine sehr verehrten, lieben Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sage ich zum Abschied ein herzliches „Leben Sie wohl, und tun Sie Gutes“.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freie Demokraten und vereinzelt auf der Regierungsbank – Der Redner überreicht Präsidentin Astrid Wallmann einen Blumenstrauß.)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende der Freien Demokraten, Herr René Rock, das Wort.

René Rock (Freie Demokraten):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der Redner der AfD hat hier direkt und geradlinig an der Realität vorbei gesprochen.

(Lachen AfD)

Das will ich Ihnen an dem Gesetzentwurf ganz kurz darstellen. Sie haben wieder, wie üblich, die Täter-Opfer-Umkehr versucht.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Ja! – Zuruf AfD: Unmöglich!)

Sie sind diejenigen, die uns herausgefordert haben, weil Sie in der Gefahr stehen, vom Verfassungsschutz beobachtet zu werden, weil bei Ihnen fraglich ist, ob Sie die verfassungsmäßige Ordnung umstoßen wollen.

(Robert Lambrou (AfD) winkt ab. – Zuruf Klaus Herrmann (AfD))

Das ist ein riesiger Unterschied,

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und DIE LINKE)

weil scheinbar nicht auszuschließen ist, dass es totalitäre Tendenzen – ich sage das im Konjunktiv – in Ihrer Partei gibt.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Genau!)

Darum sind Sie diejenigen, die uns herausfordern, sicherzustellen, dass jemand, der vom Verfassungsschutz beobachtet wird, nicht gleichzeitig in den Überwachungsgremien sitzt. Dadurch sind Sie Täter und nicht Opfer.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Dr. Frank Grobe (AfD): Na, na, na! – Weitere Zurufe AfD)

Dass Sie versuchen, die gewählten Gremien in diesem Land und dieses Parlament zu diskreditieren und bei den Bürgern in Verruf zu bringen, sieht man an Ihrer Wortwahl. Sie sagten, man schachere sich Pöstchen zu, und machten weitere Kommentare in diese Richtung. Sie wissen ganz genau, dass dieser Gesetzentwurf nicht dazu führt, dass zwingend Abgeordnete in diesen Gremien sitzen müssen, sondern, dass auch Unabhängige in diesen Gremien sitzen können. Die Tätigkeit in diesen Gremien ist nicht vergütet, sondern bringt eine Menge Arbeit mit sich. Diese Arbeit findet im Geheimen statt und dient der Sicherheit unseres Landes. Ich halte es für anstößig, dass Sie versuchen, diese Arbeit als Pöstchengeschacher zu diskreditieren. Das sagt viel über Sie aus.

(Beifall Freie Demokraten, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD – Andreas Lichert (AfD): Die Ampel macht doch vor, wie es mit dem Postengeschacher geht!)

Lassen Sie an dieser Stelle eine persönliche Bemerkung zu. Wenn man als Freier Demokrat, als Liberaler sieht, wie bei der Frage des Umgangs mit den Sicherheitsbehörden und insbesondere mit dem Verfassungsschutz, dessen Aufgabe es ist, die Verfassung dieses Landes zu schützen, Sie von

der AfD ins gleiche Horn stoßen, wie es die Linkspartei tut,

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Vorsicht!)

sagt das auch viel über Sie aus; denn das machen Sie in der Regel nicht.

Von daher gesehen: Denken Sie einmal darüber nach, wie Sie über die Sicherheitsbehörden dieses Landes reden. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat Herr Abg. Heinz von der CDU-Fraktion das Wort.

Christian Heinz (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist vermutlich die letzte Sitzung in der alten, der 20. Wahlperiode. Zu Beginn der 21. Wahlperiode wird der Landtag über 60 Gremien neu wählen und besetzen. In fast allen Gremien – das zu Ihrer Beruhigung, Herr Dr. Grobe, und zur Beruhigung Ihrer Herren Kollegen – wird die AfD vertreten sein.

(Andreas Lichert (AfD): Nur in den wichtigen nicht!)

– Doch, auch in den wichtigen. – Sie werden im Ausschuss zur Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs und in vielen anderen Gremien dieses Landes vertreten sein. Aber was die G 10-Kommission betrifft, hat es eine sehr große Mehrheit des alten Landtages als richtig empfunden, das Ausführungsgesetz zu ändern und anzupassen, in Hessen keine Besonderheit zu schaffen, sondern endlich zu einer bundesrepublikanischen Normalität zu gelangen. Denn nur der Freistaat Thüringen, der vielleicht kein besonders leuchtendes Beispiel für einen funktionierenden Parlamentarismus in Deutschland ist, hat noch das hessische Modell der Verhältniswahl; alle anderen Länder, wie auch der Bund, gestatten es den Parlamenten, die Mitglieder dieses Gremiums mit Mehrheit zu wählen. Das wollen wir künftig auch in Hessen tun.

Wir wollen darüber hinaus den Kreis der Mitwirkungsberechtigten öffnen – so, wie es Kollege Rock eben herausgearbeitet hat. Es muss nicht so sein, dass zwingend nur Abgeordnete in diesem Aufsichtsgremium vertreten sind. Wir können uns dort auch die Mitgliedschaft von Wissenschaftlern und anderen geeigneten Personen vorstellen, auch von Menschen mit einer größeren Politikferne als Landtagsabgeordnete, weil es sich nämlich um ein höchst sensibles Gremium handelt, das sich nicht nur, aber auch mit radikalen politischen Parteien beschäftigen muss, soll und darf. Von daher gesehen, ist eine Öffnung dringend geboten, dass wir über den Kreis der Abgeordneten, über unseren Tellerrand, hinausblicken, auch anderen die Möglichkeit zur Mitwirkung geben und insbesondere Personen in diesen Gremien haben, denen eine große – idealerweise eine sehr große – Mehrheit dieses Parlaments ihr Vertrauen ausgesprochen hat. Von daher gesehen, ist Ihre Aufregung etwas gekünstelt; denn eine bundesrepublikanische Normalität zieht auch in diesem Bereich in Hessen ein.

Wir haben einen zweiten wichtigen Punkt, der eben schon angerissen wurde. Beim Staatsgerichtshofgesetz wird etwas nachvollzogen, was ebenfalls dringend geboten war. Der Ausschuss zur Wahl der richterlichen Mitglieder hatte bisher kurioserweise – so muss man sagen – nur acht Mitglieder; zugleich war vorgeschrieben, dass zur Wahl jeder Richterin und jedes Richters eine Zweidrittelmehrheit hergestellt werden muss. Zwei Drittel von acht – da kommt man beim Rechnen in Schwierigkeiten. Einfacher ist es, zwei Drittel von neun zu berechnen; das sind nämlich exakt sechs Mitglieder. Die Mitglieder dieses Ausschusses werden künftig nach dem bewährten Sainte-Laguë/Schepers-Verfahren gewählt, sodass das Parlament in diesem Gremium spiegelbildlich besser abgebildet wird. Wenn man eine Zweidrittelmehrheit fordert, eine Mehrheit von sechs aus acht vorschreibt – und eigentlich eine Dreiviertelmehrheit meint –, dann verstößt das gegen den Wortlaut des Gesetzes und der Landesverfassung. Das wird jetzt glattgezogen.

Der dritte „Aufreger“, den Sie zu bemühen versucht haben, betrifft das Abgeordnetengesetz. Auch da kommen wir zu einer guten Parlamentspraxis in Deutschland. Eine Rüge kann niemand so charmant aussprechen wie Vizepräsident Lortz – „Jetzt ist es aber mal gut, mein Lieber“, würdest du jetzt normalerweise sagen –, und eine solche Rüge wird zwar von uns sehr ernst genommen, aber nicht von allen 137 Abgeordneten gleich ernst. Deshalb wollen wir zwischen dem Sitzungsausschluss und einer freundlichen Ermahnung bzw. Rüge einen Zwischenschritt einführen, den es auch im Bundestag und in vielen anderen Parlamenten gibt, nämlich die Möglichkeit, ein Ordnungsgeld zu verhängen. Das wird, so hoffe ich, im neuen Landtag eine absolute Ausnahme bleiben.

Bevor jemand sagt, dieses Instrument werde willkürlich angewendet: Es gibt natürlich eine Möglichkeit, Rechtsschutz zu erhalten, nämlich der Gang zum Staatsgerichtshof. Der Staatsgerichtshof ist, wie wir wissen und wie heute Morgen schon herausgearbeitet wurde, zwar vieles, z. B. kompetent, aber er ist bestimmt nicht immer mehrheits- und regierungsfreundlich. Das sage ich, um auch da die Aufregung zu bremsen. Es wird also einen Rechtsschutz geben.

Auch an der Stelle soll es also ein Mehr an Ordnung- und Sitzungsgewalt für die künftige Präsidentin und ihre Vizepräsidenten geben, und auch das ist ein Stück bundesrepublikanische Normalität.

Da wir am Ende der Sitzung das Vergnügen haben, eine namentliche Abstimmung durchzuführen: Wir haben davor keine Scheu und keine Angst, und alle Mitglieder unserer Fraktion werden guten Gewissens dem Vorschlag, der hier mit Mehrheit angenommen werden wird, zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herr Wagner, das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Worum geht es in dem vorliegenden Gesetzentwurf? Im Kern geht es um zwei Punkte. Wenn sich Abgeordnete dieses Hauses gröblich gegen die Ordnung und gegen die Würde dieses Hauses wenden, dann soll das mit einem Ordnungsgeld sanktioniert werden. Ich glaube, das macht Sinn.

Der Hessische Landtag ist ein Ort, wo leidenschaftlich politische Debatten geführt werden, aber das soll natürlich in einem angemessenen Rahmen geschehen. Es geht also ausdrücklich nicht darum, zu sanktionieren, was gesagt wird, sondern es geht darum, zu sanktionieren, wenn Grenzen überschritten werden, wenn Menschen beleidigt werden, wenn Menschen die Würde abgesprochen wird, wenn Institutionen unseres Staates beleidigt werden. Das soll Konsequenzen haben, dann soll es dafür ein Ordnungsgeld geben. Ich finde, das ist eine sinnvolle neue Regelung, die wir heute hier beschließen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Der zweite Punkt, um den es im Kern geht, ist, dass in Gremien, die unsere Demokratie schützen sollen, keine Feinde unserer Demokratie sitzen dürfen. Ich finde, das ist eine bare Selbstverständlichkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Beide Regelungen gelten, wie alle Gesetze, die wir in Hessen und in Deutschland machen, für alle gleichermaßen.

Auffällig ist allerdings, dass sich bei diesen, wie ich finde, selbstverständlichen Gesetzesänderungen, die wir heute beschließen, eine Fraktion besonders angesprochen fühlt. Eine Fraktion fühlt sich besonders angesprochen, wenn wir die Verletzung der Würde und der Achtung des Hessischen Landtags thematisieren. Eine Fraktion fühlt sich besonders angesprochen, wenn wir sagen, Feinde unserer Demokratie dürfen nicht in den Gremien vertreten sein, die unsere Demokratie schützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der AfD, das sagt mehr über Sie aus als über den Rest des Hauses. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Günter Rudolph, das Wort.

Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit der vorgeschlagenen Änderung des Abgeordnetengesetzes wollen wir deutlich machen, dass wir uns gegen Feinde der parlamentarischen Demokratie zur Wehr setzen. Es ist eine Erkenntnis aus der Zeit der Weimarer Republik, dass eine Demokratie wachsam sein muss. Deswegen sind die Änderungen, die die G 10-Kommission betreffen, nachvollziehbar. Wir orientieren uns an den Bestimmungen anderer Landesparlamente. Das ist ein ganz normaler demokratischer Vorgang, über den mit Mehrheit entschieden wird. Das ist gut so. Feinde der Demokratie haben in Gre-

mien, in denen es um den Schutz der Demokratie geht, z. B. um die Überwachung von Wohnräumen und der Telekommunikation geht, nichts zu suchen.

Diejenigen, die sich hierüber aufregen, regen sich künstlich auf, weil sie das für ihre Opferrolle brauchen. Seit vielen Jahren ist es die Erzählung von Ihnen von der AfD, Sie seien die Opfer, nicht die Täter. Das Umgekehrte ist der Fall. Wir wollen die Demokratie stärken, und deswegen ist das ein guter Gesetzentwurf.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Rudolph, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden der AfD?

Günter Rudolph (SPD):

Nein, Frau Präsidentin. – Wir erhöhen die Zahl der Mitglieder im Ausschuss zur Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs. Auch das ist ein normaler Prozess. Die PISA-Studie hat uns ja Hinweise auf die mathematischen Fähigkeiten gegeben. Aber ich kenne Sie, Herr Kollege Heinz; Sie können rechnen. Wir erhöhen die Zahl der Mitglieder auf neun, damit Zweidrittelmehrheiten offenkundiger werden. Auch das ist ein normaler Prozess.

Vier demokratische Fraktionen haben sich zusammengeschlossen und diesen Gesetzentwurf eingebracht. Ich glaube, dass das ein wichtiges Signal nach einem Wahlkampf ist, um deutlich zu machen, dass wir auf veränderte Herausforderungen reagieren müssen.

Der Redebeitrag des AfD-Abgeordneten hat deutlich gemacht, um was es Ihnen geht und was uns ab dem 18. Januar bevorsteht. Sie werden weiterhin die parlamentarische Demokratie im Kern verachten. Sie wollen den Parlamentarismus verhöhnen.

(Zurufe AfD)

Sie reden von den „Altparteien“, meine sehr verehrten Damen und Herren von der AfD. Das sind alles Begriffe, die wir in der deutschen Geschichte schon einmal hatten. Wir sind als Demokratie wehrhaft, das ist die Botschaft dieses Gesetzentwurfes. Wir sind wehrhaft.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt Freie Demokraten – Unruhe AfD)

Seien Sie sich sicher, wir werden uns auch mit Ihren Inhalten auseinandersetzen.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Haha!)

Wir wollen Menschen davon überzeugen, dass die AfD keine Alternative für Deutschland ist. Sie bieten einfache, billige Antworten auf die schwierigen Herausforderungen, vor denen wir in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam stehen, deswegen Ihr Gedöns. Ihre Aufregung ist gekünstelt und geheuchelt, die nimmt Ihnen außerhalb der AfD keiner ab.

Deswegen: Es ist ein gutes Gesetz, das wir auf den Weg bringen. Es geht darum, die Demokratie zu stärken. Wir sind dazu bereit. – Vielen Dank.

(Beifall SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Als Nächster hat der Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Herr Schalauske, das Wort.

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um es direkt vorweg ausdrücklich zu sagen: Wir teilen die hier in der Debatte vielfach geäußerte Sorge um den aufhaltsamen Aufstieg einer politischen Kraft, die in relevanten Teilen als gesichert rechtsextrem zu benennen ist.

(Unruhe – Glockenzeichen)

Aber gerade auch mit Blick auf die Geschichte bleibt es stark zu bezweifeln, ob das hier vorgelegte sogenannte Demokratiepaket, das doch irgendwie eine Einschränkung von Abgeordneten- und Oppositionsrechten bedeuten kann, dazu geeignet ist, der sehr ernststen Bedrohung von rechts außen Einhalt zu gebieten.

Wer nämlich Hass und Hetze von rechts, wer dem Neofaschismus wirksam Paroli bieten will, der sollte statt auf ein technokratisches Demokratiepaket besser auf einen gesellschaftlichen Pakt für Demokratie, Sozialstaatlichkeit und Menschenrechte setzen, der die Lebensbedingungen aller Menschen spürbar verbessert.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, das ist heute die vorerst letzte Rede eines Abgeordneten der LINKEN in diesem Landtag. Frau Präsidentin, mit Ihrem Einverständnis möchte ich gerne zu dieser Gelegenheit einige wenige Worte sagen.

Mit der Landtagswahl 2008 zog erstmals die Fraktion DIE LINKE in den Hessischen Landtag ein. Ich glaube, man darf schon sagen, dass wir Themen in den Landtag getragen haben, die ohne DIE LINKE nicht zur Sprache gekommen wären. Aber nicht nur das.

In den 15 Jahren, in denen wir diesem Parlament angehört haben, war unsere Fraktion an der Abschaffung der Studiengebühren, zusammen mit SPD und GRÜNEN, beteiligt, wir haben in drei Untersuchungsausschüssen die Aufklärung von rechtem Terror in Hessen mit vorangetrieben, und wir haben den Anstoß für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit hessischer Landtagsabgeordneter gegeben.

Wir haben öffentliche Fraktionssitzungen im Kelsterbacher Wald, dann im Dannenröder Wald abgehalten, um im Schulterchluss mit Bürgerinitiativen gegen Flughafen- und Autobahnausbau zu demonstrieren. Sicherlich waren und bleiben diese neuen Politikformen für manche hier im Parlament – ich sage es mal freundlich – „gewöhnungsbedürftig“.

Bei der Volksabstimmung gegen die Schuldenbremse waren wir die einzige Fraktion, die sich dieser Verankerung der Zukunftsbremse in unserer Landesverfassung verweigerte. Man muss sagen, heute wird dieses Instrument bisweilen in Teilen von CDU und Arbeitgeberverbänden in Zweifel gezogen.

(Zuruf AfD: Bitte zum Thema sprechen!)

– Ich rede zum Thema.

Unser Einsatz hat dazu beigetragen, die Privatisierung der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, der Nassauischen Heimstätte, zu verhindern, und bis zuletzt haben wir uns für die Rückführung des Uniklinikums Gießen und Marburg, das einst privatisiert wurde, starkgemacht, weil Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge eben auch in die öffentliche Hand gehören.

Während das Wort „Armut“ in den Eckpunkten von CDU und SPD, die sich anschicken, eine neue Koalition für Hessen zu bilden, kein einziges Mal vorkommt, haben wir zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, weil wir den Zustand nach wie vor unerträglich finden, dass in Hessen jeder fünfte Erwachsene und jedes vierte Kind in Armut leben müssen.

(Klaus Gagel (AfD): Wo ist der Themenbezug?)

Wir haben uns stets als Partnerin der außerparlamentarischen Bewegungen verstanden, Anliegen der Gewerkschaften, der Friedensbewegung und auch der Bewegungen für Humanität und Menschenrechte in das Parlament getragen. Zugegeben: Mitunter war das in einer für andere Fraktionen schwer nachvollziehbaren Art und Weise. Aber unser politisches Engagement für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Frieden und auch für eine gerechtere Sozial- und Wirtschaftsordnung war immer von den Grundsätzen unserer hessischen Landesverfassung geleitet.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, uns besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktion, die heute auch hier auf der Besuchertribüne des Landtags sitzen, für ihre großartige Arbeit, aber auch bei allen Beschäftigten des Hessischen Landtags, die die Arbeit im Parlament überhaupt erst möglich machen, insbesondere bei den Kolleginnen und Kollegen, deren Arbeit nicht immer so gesehen wird, zu bedanken. Ein Dank gilt auch allen Abgeordneten des Landtags, die respektvoll und kultiviert mit uns gestritten haben. Sie hatten es nicht immer leicht mit uns, aber wir es auch nicht mit Ihnen.

Denjenigen politischen Kräften aber, die jetzt frohlocken und auf ein Ende der LINKEN spekulieren, sei ganz klar gesagt: Freuen Sie sich nicht zu früh. Solange es in unserem Land, aber auch weit darüber hinaus, Ungerechtigkeiten, Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung gibt – wir nennen das bekanntlich Kapitalismus –, wird dieser auch immer wieder Linke hervorbringen, die sich innerhalb und außerhalb von Parlamenten für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit einsetzen, wobei wir heute besser Geschwisterlichkeit sagen – solange das noch erlaubt ist.

Präsidentin Astrid Wallmann:

Herr Schalauske, entschuldigen Sie bitte, wenn ich Sie kurz unterbreche. Wir hatten ein zeitliches Kontingent vereinbart, das schon etwas ausgedehnt wurde. Ich möchte Sie jetzt bitten –

(Vereinzelter Beifall – Zurufe – Elisabeth Kula (DIE LINKE): Am Ende bitte noch ein bisschen Respekt! – Gegenruf Holger Bellino (CDU): Das fällt Ihnen aber früh ein! – Unruhe!)

Jan Schalauske (DIE LINKE):

Ich komme zum Ende.

Der 8. Oktober ist für DIE LINKE bitter und schmerzlich. Aber unser Kampf geht weiter, jetzt als außerparlamentarische Opposition. Seien Sie versichert: Diesen Kampf nehmen wir an.

(Holger Bellino (CDU): Wir auch!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Präsidentin Astrid Wallmann:

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD abstimmen, Drucks. 20/11785, und darf fragen, wer dem Antrag zustimmt. – Das ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt dagegen? – Das ist das gesamte restliche Haus. Wer enthält sich? – Das sind die fraktionslosen Abg. Walter Wissenbach und Dr. Dr. Rainer Rahn. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun, weil die AfD dies beantragt hat, nach der dritten Lesung zur namentlichen Abstimmung des Dringlichen Gesetzentwurfs, Drucks. 20/11768 zu Drucks. 20/11764, in der Fassung der Beschlussempfehlung. Die Schriftführer beginnen nun mit dem Namensaufruf.

(Namensaufruf)

Ich darf fragen, ob jemand seine Stimme noch nicht abgegeben hat. – Das ist nicht der Fall. Dann beginnen wir nun mit der Auszählung. Die Sitzung ist bis zur Bekanntgabe kurz unterbrochen.

(Stimmenausählung – Abstimmungsliste siehe Anlage)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde gerne mit der Sitzung fortfahren. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt nun vor. An der namentlichen Abstimmung haben 121 Abgeordnete teilgenommen. Für den Gesetzentwurf haben 100 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 21 Abgeordnete votiert. Es gab keine Enthaltungen.

(Zurufe: Doch! – Herr Wissenbach!)

– Dann müssen wir das gerade noch einmal klären. – Herr Abg. Wissenbach, bei den Schriftführern wurde bei Ihnen „Nein“ notiert. Wir korrigieren das. Sie haben eine Enthaltung abgegeben.

(Walter Wissenbach (fraktionslos): Jawohl!)

Dann korrigiere ich hiermit das Ergebnis. Es bleibt bei 100 Jastimmen. Wir haben dann 20 Neinstimmen und eine Enthaltung. Das Ergebnis bleibt aber: Der Gesetzentwurf ist damit angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und Freie Demokraten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der heutigen Sitzung angekommen, die zugleich die letzte Plenarsitzung dieser Legislaturperiode sein wird. Ich möchte daher die Gelegenheit nutzen, noch ein paar wenige abschließende Worte an Sie alle zu richten. Ich bitte jetzt noch einmal um Aufmerksamkeit, verspreche auch, dass es nicht zu lange dauern wird; ich würde aber wirklich kurz um Ruhe bitten.

Es ist gute Tradition, am Ende einer Legislaturperiode anhand der Statistik zu verdeutlichen, wie viel parlamentarische Arbeit in den zurückliegenden fünf Jahren in diesem Haus von den Abgeordneten geleistet wurde. Die Zahl von insgesamt 11.785 Drucksachen beschreibt diesen Umfang, wie ich finde, sehr eindrücklich. So wurden in dieser Legislaturperiode 63 Große Anfragen, 703 Berichtsanhträge, 6.025 Kleine Anfragen und 965 mündliche Fragen gestellt. Insgesamt wurden 1.251 Anträge, Entschließungsanträge und Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingereicht.

Eine Kernaufgabe dieses Landesparlaments ist es natürlich auch, Gesetze zu beschließen. Das haben wir in dieser Wahlperiode mit dem heutigen Gesetz 190-mal getan. Mit Ablauf des heutigen Tages haben wir 146 Plenarsitzungen abgehalten, die insgesamt 1.126 Stunden gedauert haben.

Wir alle wissen, ein Großteil der parlamentarischen Arbeit wird in den Ausschüssen geleistet. In dieser Legislaturperiode fanden 1.177 Ausschusssitzungen statt. Drei weitere finden heute im Anschluss an diese Plenarsitzung statt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, aus den vielen Gesprächen, die ich mit Ihnen geführt habe, kann ich Ihnen mitteilen, dass es nicht nur mein Gefühl ist, dass sich in dieser Legislaturperiode die Herausforderungen in besonderer Weise geballt haben.

Wenn man sich die Liste der vielen Gedenkveranstaltungen ansieht, die wir zusätzlich zu den historischen Ereignissen in diesem Haus abgehalten haben, bekommt man einen Eindruck davon. Viele dieser Ereignisse haben uns alle tief bewegt.

So haben wir auch vieler ehemaliger Abgeordneter gedacht, die in den vergangenen fünf Jahren verstorben sind. Mit dem Tod von Dr. Thomas Schäfer und Ismail Tipi hat uns der Verlust zweier aktiver Kollegen aus unseren Reihen sehr berührt und ganz besonders getroffen.

Der feige, rechtsextremistisch motivierte Mord an unserem ehemaligen Kollegen Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019, wenige Monate nach Beginn dieser Legislaturperiode, hat nicht nur uns, sondern das gesamte Land schockiert.

Eine weitere schmerzliche Zäsur für unser Land stellt die abscheuliche und hinterhältige Tat eines ebenfalls rechts-extremistischen und rassistischen Attentäters in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 2020 in Hanau dar, bei der insgesamt elf Menschen brutal aus dem Leben gerissen wurden und die das Leben von so vielen Angehörigen und Freunden für immer verändert hat.

Nur fünf Tage später, am 24. Februar 2020, verübte ein 29-jähriger Mann an einem Tag, der eigentlich von Fröhlichkeit geprägt sein sollte, einen Anschlag auf den Rosenmontagsumzug in Volkmarsen – einen Anschlag, bei dem über 120 Menschen körperlich verletzt wurden, darunter viele Kinder. Die Zahl der Menschen, die seelische Folgen davongetragen haben, ist um ein Vielfaches höher.

Zwei Jahre später war eine weitere Amokfahrt Anlass für ein Gedenken hier im Parlament. Am 8. Juni 2022 raste ein Mann mit seinem Auto in Berlin vorsätzlich in eine Schülergruppe aus Bad Arolsen. Die Gruppe befand sich auf Klassenfahrt in der Hauptstadt. Dabei kam die Lehrerin ums Leben, und 14 weitere Menschen aus der Gruppe wurden verletzt.

Aufgrund der vielen Menschen aus der Region, die in Hessen eine Heimat gefunden haben, hat uns auch das

Erdbeben in der Türkei und Syrien am 6. Februar 2023 sehr berührt; und wir haben der Opfer und Verletzten hier im Plenum gedacht.

Bei allen diesen genannten Ereignissen kann man die Bedeutung einer wichtigen Personengruppe nicht oft genug betonen. Es sind die Menschen, die ihr Leben in den Dienst der Hilfe für andere Menschen stellen, die vielen Einsatzkräfte, die in unserem Land an Torte und Orte schwerer Unfälle gerufen werden und häufig unter dem Einsatz ihres eigenen Lebens Hilfe für andere leisten – viele davon auch ehrenamtlich. Daher ist es mir ein besonderes Anliegen, diesen Punkt einmal gesondert hervorzuheben.

Mit dem Tod von Michail Gorbatschow und Queen Elizabeth II. im August und September 2022 haben wir auch zweier großer Persönlichkeiten gedacht, die die Geschichte Europas mitgeprägt haben.

Aber auch Ereignisse von weltgeschichtlicher Bedeutung haben uns in Hessen bewegt und bewegen uns weiterhin zutiefst. Die Rede des ukrainischen Generalkonsuls am 24. Februar 2022, der anlässlich des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zu uns gesprochen hat, ist uns sicherlich noch allen in Erinnerung. Die Folgen dieses brutalen und menschenverachtenden Kriegs, der bereits seit rund 22 Monaten andauert, spüren wir tagtäglich, und sie stellen uns vor neue Herausforderungen.

Ganz aktuell bewegt uns das Gedenken an die Opfer der terroristischen Angriffe der Hamas in Israel, anlässlich derer die israelische Generalkonsulin letzte Woche zu uns allen gesprochen und uns mit ihren Worten tief berührt hat.

Die vielen genannten Anlässe zum Gedenken bilden nur einen beispielhaften Auszug. Sie machen aber deutlich, vor wie viele Herausforderungen wir in den zurückliegenden fünf Jahren gestellt wurden. Diese Ballung von Ereignissen ruft bei vielen Hessinnen und Hessen – dies erleben wir, glaube ich, tagtäglich im persönlichen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern – mitunter Verunsicherung hervor. Populisten und Extremisten aus den unterschiedlichsten Lagern versuchen, diese Verunsicherungen für sich zu nutzen. Dem tagtäglich entschieden entgegenzutreten, ist wahrscheinlich eine der größten Herausforderungen, die an uns gestellt wurde und der wir uns weiterhin stellen müssen.

Und als ob dies alles nicht genug gewesen wäre, war ein nennenswerter Teil der zurückliegenden fünf Jahre geprägt von einer weltweiten Pandemie, wie es sie seit der Spanischen Grippe nicht mehr gegeben hat. Viele Menschen sind in dieser Zeit verstorben oder schwer erkrankt. Durch die erforderlichen Einschränkungen des öffentlichen Lebens waren viele der so wichtigen sozialen Kontakte in dieser Zeit unterbunden, gerade für die Jüngsten und Ältesten in unserer Gesellschaft. Leider wirkt diese Zeit noch immer nach – leider aber nicht immer die große Dankbarkeit, die wir in dieser Zeit zu Recht für die unfassbaren Leistungen der Menschen in unserem Gesundheitssystem empfunden haben.

Auch für den Hessischen Landtag war die Corona-Pandemie mit großen Herausforderungen verbunden. Daher sage ich mit Stolz, dass sich dieses Parlament dieser Herausforderung gestellt hat und jederzeit handlungsfähig war und wir diese Zeit gemeinsam gemeistert haben.

Nach der Beschreibung der vielen großen Herausforderungen möchte ich beispielhaft noch auf zwei erfreulichere Ereignisse hinweisen, die wir in diesem Haus gewürdigt haben. Am 3. Oktober 2020 konnten wir den 30. Jahrestag der deutschen Einheit feiern – ein Ereignis, das unser Land, Europa und ganz besonders Hessen maßgeblich geprägt hat. Und noch ganz frisch: unsere Feierstunde am 27. Juni 2023 mit Prof. Dr. Lammert anlässlich des 175. Paulskirchen-Jubiläums. Beide Ereignisse sollten uns bei unserem entschiedenen Eintreten für Demokratie und Freiheit in unserem Land leiten.

Am Ende dieses Rückblicks möchte ich nun auch die Gelegenheit nutzen, Danke zu sagen. Danke möchte ich zunächst dafür sagen, dass Sie mich vor gut eineinhalb Jahren zur Präsidentin dieses Hauses gewählt haben. Ich hoffe sehr, dass ich dem in mich gesetzten Vertrauen gerecht geworden bin. Es war und ist mir eine große Ehre, den Hessischen Landtag nach außen vertreten und für Sie alle tätig sein zu dürfen. Dabei habe ich – das ist mir persönlich ein wichtiges Anliegen – sehr große Unterstützung durch meine Kolleginnen und Kollegen Vizepräsidenten erhalten. Lieber Frank Lortz, liebe Karin Müller, liebe Heike Hofmann, lieber Jörg-Uwe Hahn und lieber Ulrich Wilken, vielen Dank dafür.

Ich möchte zudem den Damen und Herren Fraktionsvorsitzenden ganz herzlich danken, die immer wichtige Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für mich waren. Mein besonderer Dank gilt insbesondere den Damen und Herren parlamentarischen Geschäftsführern. Ich weiß, dass die Arbeit der parlamentarischen Geschäftsführer hier oftmals nicht hinreichend gewürdigt wird, aber die Wahrheit ist: Sie tragen in vielen Runden, in welchen wir zusammensitzen, ganz maßgeblich dazu bei, dass wir hier gut und strukturiert arbeiten können. Dafür möchte ich Ihnen ganz herzlich danken.

Ich möchte mich aber auch insgesamt bei allen Abgeordneten für ihre engagierte Arbeit in diesem Parlament bedanken.

Für 47 Kolleginnen und Kollegen ist es heute die letzte Plenarsitzung. Sie alle wissen, wir werden am 17. Januar noch einmal die Gelegenheit haben, das entsprechend zu würdigen. Ich will bewusst nicht das Wort „feiern“ in den Mund nehmen, sondern sage „würdigen“, weil auch sehr schmerzhaft Abschiede darunter sind, die nicht persönlich gewählt sind. Insofern möchte ich Ihnen allen sagen: Sie werden in diesem Hause immer herzlich willkommen sein.

In meinen Dank einschließen möchte ich aber abschließend auch die Hessische Landesregierung, an ihrer Spitze der Hessische Ministerpräsident, die Ministerinnen und Minister und die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre. Es ist unsere Aufgabe, die Regierung zu kontrollieren, doch bilden viele der vorhin aufgezählten Initiativen auch eine vorbildliche Unterstützung unserer Arbeit. Ich möchte ausdrücklich auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken und bitte Sie, diesen Dank in den Häusern und den nachgeordneten Behörden weiterzugeben. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Häusern leisten auch viel für uns. Das möchte ich heute ausdrücklich erwähnen.

Für unsere Arbeit mindestens genauso wichtig sind aber auch die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagskanzlei und der uns unterstützenden Unternehmen. Ohne die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – manchmal sichtbar, teils aber auch im Hintergrund – wäre die Erledi-

gung unserer Arbeit im Hessischen Landtag nur schwer möglich. Ich möchte Ihnen ganz persönlich, aber auch im Namen der Abgeordneten dieses Hauses, ganz herzlich für die Unterstützung danken.

Hinzu kommen, und das ist mir auch sehr wichtig, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen der Fraktionen und auch die Wahlkreismitarbeiterinnen und -mitarbeiter, die einen ganz wesentlichen Anteil an unserer Arbeit haben. Herzlichen Dank für Ihren Einsatz. Ein herzliches Dankeschön möchte ich auch im Namen der Abgeordneten aussprechen.

Abschließend möchte ich Ihnen und Ihren Lieben frohe Weihnachten, besinnliche Weihnachtsfeiertage und alles Gute für einen guten Start in ein hoffentlich glückliches, gesundes neues Jahr 2024 wünschen. Ich freue mich, wenn wir uns im neuen Jahr gesund wiedersehen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. – Die Sitzung ist geschlossen.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Schluss: 12:04 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1)**Abstimmungsliste über die namentliche Abstimmung**

Gesetzentwurf

– Drucks. 20/11768 zu Drucks. 20/11764 –

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Alex, Ulrike	SPD	x			
Al-Wazir, Tarek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Anders, Kathrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Arnoldt, Lena	CDU	x			
Bächle-Scholz, Sabine	CDU	x			
Bamberger, Dirk	CDU	x			
Banzer, Jürgen	CDU	x			
Bartelt, Dr. Ralf-Norbert	CDU	x			
Barth, Elke	SPD	x			
Bauer, Alexander	CDU	x			
Bellino, Holger	CDU	x			
Beuth, Peter	CDU	x			
Bocklet, Marcus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Boddenberg, Michael	CDU	x			
Böhm, Christiane	DIE LINKE		x		
Bolldorf, Karl Hermann	AfD				x
Brünnel, Silvia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Büger, Dr. Matthias	Freie Demokraten	x			
Burcu, Taylan	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Claus, Ines	CDU	x			
Dahlke, Miriam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Degen, Christoph	SPD	x			
Deißler, Lisa	Freie Demokraten	x			
Diefenbach, Frank	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Dorn, Angela	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Eckert, Tobias	SPD	x			
Eisenhardt, Nina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Enners, Arno	AfD		x		
Falk, Dr. Horst	CDU	x			
Feldmayer, Martina	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Felstehausen, Torsten	DIE LINKE				x
Fissmann, Karina	SPD	x			
Flatten, Marvin	CDU				x
Förster-Heldmann, Hildegard	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Frömmrich, Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Funken, Sandra	CDU	x			
Gagel, Klaus	AfD		x		
Gaw, Dirk	AfD		x		
Geis, Kerstin	SPD	x			
Gerntke, Axel	DIE LINKE		x		
Gersberg, Nadine	SPD	x			
Gnagl, Lisa	SPD	x			
Goldbach, Eva	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Grobe, Dr. Frank	AfD		x		
Gronemann, Vanessa	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Grüger, Stephan	SPD				x
Grumbach, Gernot	SPD	x			

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Grüttner, Stefan	CDU	x			
Hahn, Dr. h.c. Jörg-Uwe	Freie Demokraten	x			
Hartdegen, Tanja	SPD	x			
Hartmann, Karin	SPD	x			
Heidkamp, Erich	AfD		x		
Heidt-Sommer, Nina	SPD	x			
Heimer, Petra	DIE LINKE				x
Heinz, Christian	CDU	x			
Heitland, Birgit	CDU	x			
Hering, Thomas	CDU	x			
Herrmann, Klaus	AfD		x		
Hinz, Priska	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Hofmann (Weiterstadt), Heike	SPD	x			
Hofmann (Fulda), Markus	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Hofmeister, Andreas	CDU	x			
Holschuh, Rüdiger	SPD	x			
Honka, Hartmut	CDU				x
John, Knut	SPD	x			
Kaffenberger, Bijan	SPD	x			
Kahnt, Rolf	fraktionslos	x			
Kalveram, Esther	SPD	x			
Kasseckert, Heiko	CDU	x			
Kaufmann, Frank-Peter	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Kinkel, Kaya	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Klose, Kai	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Knell, Wiebke	Freie Demokraten	x			
Kühne-Hörmann, Eva	CDU				x
Kula, Elisabeth	DIE LINKE		x		
Kummer, Gerald	SPD	x			
Lambrou, Robert	AfD		x		
Leveringhaus, Torsten	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Lichert, Andreas	AfD		x		
Löber, Angelika	SPD	x			
Lortz, Frank	CDU	x			
Lorz, Prof. Dr. R. Alexander	CDU	x			
Martin, Felix	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
May, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Müller (Witzenhausen), Hans-Jürgen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Müller (Lahn-Dill), J. Michael	CDU	x			
Müller (Kassel), Karin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Müller (Schwalmstadt), Regine	SPD	x			
Müller (Fulda), Sebastian	CDU	x			
Müller-Klepper, Petra	CDU	x			
Naas, Dr. Stefan	Freie Demokraten	x			
Papst-Dippel, Claudia	fraktionslos				x
Pentz, Manfred	CDU	x			
Pohlmann, Jan-Wilhelm	CDU	x			
Promny, Moritz	Freie Demokraten	x			
Pürstün, Yanki	Freie Demokraten	x			
Puttrich, Lucia	CDU	x			
Rahn, Dr. Dr. Rainer	fraktionslos		x		
Ravensburg, Claudia	CDU	x			
Reul, Michael	CDU	x			
Rhein, Boris	CDU	x			

Name der/des Abgeordneten	Fraktion	ja	nein	enthalten	gefehlt
Richter, Volker	AfD		x		
Rock, René	Freie Demokraten	x			
Rudolph, Günter	SPD	x			
Ruhl, Michael	CDU	x			
Schad, Max	CDU	x			
Schäfer (Maintal), Thomas	Freie Demokraten	x			
Schalauske, Jan	DIE LINKE		x		
Schardt-Sauer, Marion	Freie Demokraten	x			
Schauder, Lukas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Schenk, Gerhard	AfD		x		
Scheuch-Paschkewitz, Heidemarie	DIE LINKE		x		
Schleenbecker, Katrin	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Schmidt, Mirjam	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Schneider, Florian	SPD	x			
Scholz, Heiko	AfD				x
Schulz, Dimitri	AfD		x		
Serke, Uwe	CDU	x			
Sommer, Dr. Daniela	SPD	x			
Sönmez, Saadet	DIE LINKE				x
Stang, Gisela	SPD	x			
Steinraths, Frank	CDU	x			
Stirböck, Oliver	Freie Demokraten	x			
Ulloth, Oliver	SPD	x			
Utter, Tobias	CDU	x			
Vohl, Bernd-Erich	AfD		x		
Wagner (Taunus), Mathias	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	x			
Wallmann, Astrid	CDU	x			
Walter, Alexandra	fraktionslos		x		
Walther, Katy	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN				x
Waschke, Sabine	SPD	x			
Weiß, Marius	SPD	x			
Wendel, Christian	CDU	x			
Wilken, Dr. Ulrich	DIE LINKE		x		
Wintermeyer, Axel	CDU	x			
Wissenbach, Walter	fraktionslos			x	
Yüksel, Turgut	SPD	x			